

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

54. Jahrgang.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwei
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Zeile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verusprecher Nr. 210.

Nr. 143.

Dienstag, den 3. Dezember

1907.

Im Musterregister ist eingetragen worden:
Nr. 427. Firma **C. G. Tuchscherer in Schönheide**,
zwei verstellte Kartons, enthaltend 82 Proben von gestifteten Besägen.

Serie XXXIII. Fabriknummern:		2231	2232	2233	2234	2235	2236	2237				
2238	2239	2240	2241	2242	2243	2244	2245	2246	2247	2248	2249	2250
2251	2252	2253	2254	2255	2256	2257	2258	2259	2260	2261	2262	2263
2264	2265	2266	2267	2268	2269	2270	2271	2272	2273	2274	2275	2276
2277	2278	2279	2280									
Serie XXXIV. Fabriknummern:		2281	2282	2283	2284	2285	2286	2287				
2288	2289	2290	2291	2292	2293	2294	2295	2296	2297	2298	2299	2300
2301	2302	2303	2304	2305	2306	2307	2308	2309	2310	2311	2312	

Flächenerzeugnisse. Schutzfrist: 3 Jahre. Angemeldet am 16. Nov. 1907, nachm. 2 Uhr.
Eibenstock, am 30. November 1907.

Königliches Amtsgericht.

Dienstag, den 3. Dezember 1907,

nachm. 2 Uhr

solten in der Angerschen Restauration am Albertplatz dortselbst eingestellte **Betten, Kleidungsstücke, Möbel u. Hausgerätschaften** meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.
Eibenstock, den 2. Dezember 1907.

Der Ratsvollzieher der Stadt Eibenstock.

Das neue Vereinsgesetz.

Der Entwurf eines neuen Vereinsgesetzes, der dem Reichstage zugegangen ist, bestimmt in den Hauptpunkten folgendes: Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Jeder Verein, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, muß einen Vorstand und eine Sitzung haben. Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Woche nach Gründung des Vereins die Sitzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Verbandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Ebenso ist jede Aenderung der Sitzung sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Woche nach dem Eintritt der Aenderung anzuzeigen. Die Sitzung sowie die Aenderungen sind in deutscher Fassung einzureichen.

Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung örtlicher Angelegenheiten veranstalten will, hat hiervon mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erlassen. Für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betreiben der Wahlen zu politischen Körperschaften beträgt die Anzeigefrist mindestens 12 Stunden. Ueber die Anzeige soll von der Behörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung erteilt werden. Der Landeszentralbehörde bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen es einer Anzeige nicht bedarf für Versammlungen, die unter Innerehaltung der im ersten Satze bezeichneten Fristen öffentlich bekannt gemacht sind. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde.

Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig. Die Polizeibehörde ist befugt, in jede Versammlung zwei Beauftragte zu senden. Diese Beauftragten sind befugt, vom Leiter der Versammlung unter Angabe des Grundes die Auflösung der Versammlung zu verlangen, wenn die Genehmigung nicht erteilt ist, wenn die Zulassung des Beauftragten der Polizeibehörde verweigert wird, wenn Bewaffnete aus der Versammlung nicht entfernt werden und wenn Rednern, deren Ausführung den Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten, oder die sich verborswidrig einer nichtdeutschen Sprache bedienen, auf Aufforderung der Beauftragten der Polizeibehörde vom Leiter das Wort nicht entzogen wird. Wird dem Verlangen nicht entsprochen, so sind die Beauftragten der Polizeibehörde befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären. Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Haft bedroht.

Durch das neue Gesetz soll ein einheitliches Recht an die Stelle der jeglichen sehr verschiedenartigen Vorschriften in den einzelnen Bundesstaaten für das ganze Reich gesetzt werden. Es hebt mancherlei Beschränkungen auf und bringt einige Erleichterungen im Verkehre der Vereinsvorstände mit den Polizeibehörden, gestattet ferner, was bisher nicht der Fall war, auch den weiblichen Personen die Teilnahme an Vereinigungen und Versammlungen und sieht von der Festsetzung einer Altersgrenze für die Beteiligung jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen ab. Neu ist die Ermächtigung des Versammlungsleiters zur Auflösung der Versammlung. Politisch von größter Tragweite ist die Bestimmung, daß die deutsche Sprache als öffentliche Versammlungssprache gesetzlich festgelegt werden soll.

Tagesgeschichte.

— **Deutschland.** Als Tag des Kaiserbesuches in Holland soll jetzt, wie aus dem Haag berichtet wird, der 13. Dez. in Aussicht genommen sein. Die holländische königliche Familie wird sich daher am 12. d. Mts. nach Amsterdam begeben und dort im Schloß Wohnung nehmen.

— Auch der Sonnabend brachte im Reichstage eine bedeutungs- und eindrucksvolle Rede des Reichstanzlers über die Blockpolitik. Die große Schwierigkeit, die Konservative und die Liberalen Parteien auf eine mittlere Linie zu vereinigen, verkennt Fürst Bülow durchaus nicht und

gibt sich darüber keiner Täuschung hin; aber die prinzipiellen Gegensätze können ausgeschieden und diejenigen Ziele ins Auge gefaßt werden, die dem Wohle des Reiches dienen. Der „Reichs“-Block sei deshalb nicht unbedingt auf Preußen zu übertragen. Eindringlich erinnerte der Reichstanzler an die Festsitzung der deutschen Parteien in Oesterreich und ernannte den „Block“ zur Verantwortlichkeit, um positive Arbeit leisten zu können. Persönliche Reminiscenzen namentlich an den Fürsten Bismarck, gestalteten diesen Appell an die Block-Parteien um so eindringlicher und wurde von ihnen auch mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zentrum und Sozialdemokraten verharren dagegen in eisiger Kühle.

— **Oesterreich-Ungarn.** Der österreichische Polenklub hat den Versuch gemacht, den österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren Freiherrn v. Lehrenthal zu einer Intervention gegenüber den neuen „preußischen Polenvorlagen“ zu bewegen. Freiherr v. Lehrenthal hat aber jeden derartigen Schritt als unzulässige Einmischung in die Angelegenheit eines fremden, wenn auch befreundeten und verbündeten Staates entschieden abgelehnt. Daraufhin hat der Präsident des Polenklubs Dr. Glombinski folgende Erklärung abgegeben: „Bekanntlich wurden in den Reichstagen antipolnische Vorlagen betreffend die Versammlungen eingebracht und neue, schwerwiegende Regierungsvorlagen für den preußischen Landtag angekündigt. Der Polenklub hat in dieser Frage alles getan, was möglich war. Ich habe rechtzeitig an geeigneter Stelle Vorstellungen erhoben. Nachdem jedoch unsere Vorstellungen kein Gehör gefunden haben, bleibt uns allein die Hoffnung übrig, daß die wahre Kultur (1) über die Eroberungsbestrebungen der Feinde des Fortschrittes (2) und der Zivilisation (3) sowie über die Gewaltstreichere gegen das Leben und die Entwicklung unserer Nation den Sieg davontragen müsse.“ — Angesichts dieser maßlosen deutschfeindlichen Rundgebung wird wohl keiner mehr bezweifeln können, daß Preußen sich tatsächlich dem Polentum gegenüber im Stande der Notwehr befindet.

— **Rußland.** Die Freitagssitzung der Duma wurde bald nach Beginn unterbrochen durch die ungeheure Aufregung, welche die Ausrufungen von Roditschew (Radetzki) hervorriefen. Dieser hatte die Regierung bei der Besprechung einer Regierungserklärung äußerst leidenschaftlich angegriffen, die Bedrückungen kritisiert und dabei geäußert, in Zukunft würde man sprichwörtlich eine Galgeninsel ein Stolypinsches Halsstuch nennen. Diese Worte riefen laute Proteste und tobendes Geschrei seitens der Rechten hervor, welche aufsprang, den Redner tätlich anzugreifen drohte und zur Tribüne stürmte. Die Glocke des Präsidenten wurde von dem Lärm überhäuft, die Linke stürmte ebenfalls zur Tribüne und führte Roditschew nach seinem Platz. Während der Lärm fortbauerte, verließen die Präsidenten und Minister mit Stolypin den Saal. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen.

— **Petersburg, 1. Dezember.** Der Sohn des Senators Nesselomitsch und der Gymnasiallehrer Dzhannaja wurden als Anführer einer weitverbreiteten Verschwörung verhaftet. Die Verschwörer sollen nach polizeilicher Angabe in Verbindung mit dem sozialrevolutionären Komitee gestanden haben, das das inzwischen aufgehobene Waffenlager in der Pantstraße in Berlin aufgestapelt hatte.

— **Türkei.** Ueber Greuelthaten bulgarischer Banden kommen täglich neue Nachrichten. Eine 100 Mann starke bulgarische Bande überfiel das serbische Dorf Otaschniga. Mehrere Häuser wurden verbrannt und mehrere Einwohner getötet. Die türkischen Truppen holten 50 Mann der Bande ein, die sich nach einer Mühle flüchteten und sich dort verbarrikadierten. Die Mühle verbrannte und mit ihr fast die ganze Bande einschließlich des Führers.

— **Marokko.** Freitag früh drangen, wie aus Lalla Marnia gedrachtet wird, die Marokkaner in großer Menge gegen das von der algerisch-marokkanischen Grenze auf algerischem Gebiet gelegene Port Say vor. Französische Geschütze, die auf den Höhenzügen aufgestellt waren, richteten ihr Feuer auf die Angreifer, welche über den Hügel zurückgingen und ihre früheren Stellungen wieder einnahmen. Der Angriff ist als gescheitert anzusehen. Die Marokkaner zogen sich unter Mitnahme ihrer Toten zurück. Nur ein Toter und mehrere Verwundete blieben auf dem Schlachtfelde liegen. Auf französischer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen.

— **Einen neuen Zusammenstoß,** der am Freitag

stattand, meldet ein Telegramm aus Oran. Bei dem Marabut von Sidi Aissa, 2 Kilometer von Babel Aissa, stieß eine französische Abteilung von Fremdenlegionären, Turkos, Spahis und Artillerie auf etwa 3500 marokkanische Reiter und schlug diese zurück. Die Franzosen hatten bei der Fremdenlegion 2 Tote und 6 Verwundete.

— **Südafrika.** Wie aus London berichtet wird, sind in Natal Unruhen unter den Zulus ausgebrochen, die auf Dinizulu zurückgeführt werden. Dieser ist von der Regierung nach Pietermaritzburg geladen worden, um sich zu verantworten, und soll gewaltsam geholt werden, wenn er nicht freiwillig kommt. Dies könnte zu ernstlichen Zusammenstößen mit den Zulus führen.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— **Eibenstock, 2. Dezember.** Der Königl. Sächs. Militär-Verein Eibenstock beging gestern im Feldschloßchen sein diesjähriges Wintervergügen. Wie vorausgesehen, war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach der Ansprache des Herrn Lehrer Kausch, welche in einem Hoch auf die Veteranen ausklang, und in welcher er die Verdienste der Sächs. Armee in dem glorreichen Feldzuge von 1870/71 schilderte, hielt Herr Vereins-Vorsitzender Hermann Wagner die Begrüßungsansprache, welche mit einem dreimaligen Hurra auf Ihre Majestäten den deutschen Kaiser und König Friedrich August endete. Die auf dem Programm vorgesehenen Vorträge wurden alle gut wiedergegeben. Hervorzuheden sind die beiden Stücke „Eine lustige Geschichte“ und „Die Pachtersch-Wies“. Der Autor, Herr Hilmar Müllnerberger, ein Eibenstocker Kind, hat es verstanden, Freud und Leid seinen Landsleuten abzulassen. Von tiefem Heimatsgefühl getragen, dem Publikum wiedergegeben, erzielten die Theaterstücke einen durchschlagenden Erfolg. Besonders im letzteren Stück, in welchem die ganze Aufmachung, Text, Musik und Spiel, wunderschön zusammen harmonierte, hat sich der Dichter ein bleibendes Andenken in den Herzen der Eibenstocker erworben. Die Gestalten in dem Stück sind so wahrheitsgetreu wiedergegeben, die Handlung selbst von einer solchen Sehnsucht nach der Heimat getragen, und dann ein Wiedersehen und sich Wiedererkennen in der Heimat, daß alles Zeugnis vom tiefen Empfinden des Autors ablegte. Versehen wollen wir nicht, auch der Darsteller zu gedenken, welche ihr ganzes Können einsetzten und deren Arbeit durch langanhaltenden Beifall anerkannt wurde. — Am Dienstag abend findet eine nochmalige Aufführung der beiden Stücke statt. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) Im Hinblick darauf sei gebeten, das Rauchen während der Vorstellungen zu unterlassen, da durch den Rauch den mitwirkenden Damen und Herren das Spiel sehr erschwert wird.

— **Schönheide.** Sonnabend abend referierte in einer vom Nationalen Arbeiter-Unterstützungs-Verein einberufenen, äußerst zahlreich besuchten Versammlung der Reichstagsabgeordnete Herr Dr. Stresemann über seine Tätigkeit im Reichstage. Ausgehend von der Auflösung desselben, kennzeichnete der geschätzte Redner seine Stellung und die der Ultramontanen und Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik, Pension der Privatbeamten, Regelung der Heimarbeit, Teuerung der Lebensmittel, Reichsfinanzreform (Reichsvermögens-, Erbschafts- und Wehrsteuer). Die beiden Hauptaufgaben sind Befreiung von dem Zentrum und dem Terrorismus der Sozialdemokraten. Aus der Mitte der Versammlung wurden die Fragen gestellt: Welche Stellung nimmt der verehrte Redner zum geheimen Wahlrecht? Welche Gründe werden gegen die Wehrsteuer angeführt? Die 3. Frage betraf das Pensionsgesetz der Privatbeamten. Bezüglich der 1. Frage verwirft derselbe jede Beeinflussung. Zu 2 führen die Gegner die Ungleichheit der Einkommensteuer an. Ausführlich verbreitet sich Herr Dr. Stresemann über die 3. Frage und weist auf seine in Wiesbaden gehaltene Rede, welche in 10 000 Exemplaren verbreitet ist, hin, die jedermann zugänglich ist. — Für die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen spricht der Vorsitzende des obengenannten Vereins, Herr Schlegelinger, seinen Dank aus, worauf Dr. Dr. Stresemann für die freundlichen Worte seinen Dank erwidert. Letzterer gibt überdies seine Freude kund über die nationale Arbeiterbewegung in Schönheide. Beiläufig gesagt, besteht der hiesige nationale Arbeiter-Unterstützungsverein bereits aus ca. 500 Mitgliedern. Es ist die 8. Versammlung, in welcher Herr Dr. Stresemann spricht. Eröffnet wurde die Versammlung durch Herrn Schul-